

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 18

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FACETTEN zum Alltag drüben

Grösser wohnen in der Sowjetunion

Bald werden die Sowjetbürger besser wohnen als heute, wenigstens laut Reglement

In einem Jahr, ab 1. September 1984, wird es in der Sowjetunion neue Wohnungsnormen geben. Jede Person ist dann zu einer Wohnfläche von 12m² berechtigt statt von 9m² wie jetzt. (Die Wohnfläche versteht sich im Gegensatz zur Nutzfläche ohne Küche, Bad und Gang.) Funktionäre sowie bestimmte Intellektuelle (z.B. Professoren) erhalten zusätzlich das Recht auf einen Arbeitsraum.

Das Recht auf die jeweils gegebene Wohnfläche heisst noch lange nicht, dass sie einem zur Verfügung steht. Wer in engeren Verhältnissen wohnt, kann sich seinen Anspruch auf mehr Raum beim Wohnamt beglaubigen lassen und wird dann auf eine Warteliste eingetragen, auf der er langsam nachrutscht. Im Durchschnitt muss man fünf bis sechs Jahre auf eine neue Wohnung warten, zu deren Bezug man berechtigt ist. Wichtige Leute werden vorgezogen, in der Praxis ferner Leute, welche die Zuständigen der Quartierverwaltung kräftig schmieren. Wer ohne Vitamin B und ohne Nachhilfe nur auf die Erfüllung seines Anspruchs wartet, der wartet länger als der Durchschnitt.

Das neue Wohnprogramm sieht den Bau von grösseren Zimmern vor als bisher. Eine Dreizimmerwohnung soll in Zukunft 70m² Nutzfläche (nicht Wohnfläche!) aufweisen statt 60m² wie jetzt.

Gleichzeitig soll der Mietzins «etwas erhöht» werden. Der amtliche Ansatz beträgt zurzeit nur 13,2 Kopeken pro Quadratmeter und Monat. Das würde für die 30m² Wohnfläche einer dreiköpfigen Familie 4 Rubel machen, nicht mehr als das, was man auf dem Kolchosmarkt für 1 Kilo Fleisch bezahlt. Der Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte liegt aufgerundet bei 200 Rubel im Monat. Die 13,2 Kopeken gelten für

staatseigene und betriebseigene Wohnungen (auf die man besonders lange warten muss). Bei Genossenschaftswohnungen sind die Zinsen höher. Im übrigen sind die angebotene Zahlen mit Vorsicht aufzunehmen. Laut heutigen Angaben (vom August 1983) wird der Mietzins «in Zukunft» (also nach der Mietzinserrhöhung) etwa 2 Prozent des durchschnittlichen Familienbudgets betragen. Demgegenüber nennt die letzte Ausgabe der Grossen Sowjetenzyklopädie (1973) einen Mietzinsanteil von 4 bis 5 Prozent des Familienbudgets. Weil die Löhne in den letzten 10 Jahren nominal nur um etwa ein Viertel gestiegen sind (real stagnieren sie), aber niemals um mehr als das Doppelte, können beide Angaben nicht zugleich richtig sein.

Zum Thema Wohngeld noch eine andere Überlegung: Eine genossenschaftliche Eigentumswohnung von 60m² Nutzfläche kostet mindestens 16000 Rubel (fast acht Jahreslöhne) im Ankaufspreis allein. Dazu kommen Unterhaltungskosten, die viel höher sind als der Mietzins für eine gleich grosse staatseigene Mietwohnung. Wer also würde solche verhältnismässig wahnwitzige Summen ausgeben, wenn er als Mieter dank verfassungsmässigem «Recht auf Wohnung» für nur ein paar Kopeken wohnen könnte, und das erst noch garantiert? Ein schlüssiger Fingerzeig dafür, dass die realen Mietverhältnisse viel schlechter sind als die amtlichen. ■

Arbeitsämter gegen «Fluktuation»

Arbeitslosigkeit gibt es keine in der Sowjetunion, aber mindestens in Lettland hat man Arbeitsämter geschaffen, damit stellenlose Leute nicht mehr so lang nach Arbeit suchen müssen.

Seit Andropow die Hebung der Arbeitsdisziplin auf seine Fahnen geschrieben hat, stellt jeder höhere Sowjetmensch seine Äusserungen zu beliebigen Themen als Beitrag zu diesem grossen Anliegen vor. Am 20. August brachte die «Prawda» unter dem Dutzendtitel «Die Arbeitsdisziplin festigen» einen Artikel vom Präsidenten des lettischen Staatskomitees für Arbeit. Aber die Substanz hielt mehr, als die Aufmachung versprach. Denn in die Moralinsalbe eingeklebt waren Angaben über lettische Massnahmen zur Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit... – Entschuldigung: der Arbeitskräftefluktuation.

In Lettland hat man in den letzten Jahren versuchsweise Stellenvermittlungsamter eingerichtet, die auf lokaler Ebene funktionieren. Das ist eine Neuheit in der Sowjetunion, wo man von der Annahme ausgeht, dass jedermann Arbeit findet, ohne sie lange suchen zu müssen. Das Recht auf Arbeit ist eine verfassungsmässige Garantie und ein ideologisches Axiom.

Die lettischen Arbeitsämter dienen nach offizieller Lesart der Bekämpfung dessen, was man Arbeitskräftefluktuation nennt. Aber im Unterschied zum hiesigen Wortgebrauch ist damit nicht so sehr die Häufigkeit der Stellenwechsel gemeint als vielmehr die Zeit, die einer braucht, bis er nach dem Verlust seiner Arbeitsstelle eine neue findet. In der Sowjetunion ist einer während dieser Zeit nicht etwa arbeitslos – so etwas gibt es dort ja nicht –, oh nein, er «fluktuiert».

Der erwähnte «Prawda»-Artikel hält fest: «Bei einem Stellenwechsel dauerte (in Lettland) die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz bis dahin durchschnittlich 20 Tage; jetzt (seitdem die experimentellen Arbeitsämter funktionieren) dauert sie nur noch 4 bis 5 Tage.»

Die Zahl der «Fluktuationstage» scheint nur als Durchschnittswert geringfügig. Weil man auch in Lettland seinen Arbeitsplatz freiwillig nur dann verlässt, wenn man eine neue Stelle schon gefunden hat, bedeuten durchschnittlich 20 Tage Arbeitssuche bei jedem «Stellenwechsel», dass etliche Leute monatelang ohne Arbeit sind, bevor sie eine neue Stelle finden.

Dass man das dort «Fluktuation» nennt statt Arbeitslosigkeit, hat übrigens nicht nur eine semantische Bedeutung. Denn weil die Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit eingesteht, gesteht sie auch keine Arbeitslosenentschädigung zu, und das ist dann der reale Unterschied zur eingestanden Arbeitslosigkeit in unsern Verhältnissen.

Die guten Erfahrungen, die man in Lettland mit der als «Experiment» deklarierten öffentlichen Arbeitsvermittlung gemacht hat, will man jetzt institutionalisieren. In allen Städten und Bezirken werden bei den Lokalbehörden solche Stellen eingerichtet, und in der Hauptstadt Riga wird man ein zentrales Arbeitsamt für die ganze Republik eröffnen.

Die positive Darlegung in der «Prawda» zeigt, dass Moskau der Sache grünes Licht gibt. Das ist der Fortschritt: dass man die «Fluktuation» so bekämpft wie im Westen die Arbeitslosigkeit. ■

City Bank-Anlageplus

4 1/2 % Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dezember 1983

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

Zusammenhänge

Der Abschuss

Auch eine Woche nach Abschuss des südkoreanischen Zivilflugzeuges und der Ermordung von 269 Menschen durch sowjetische Kampfpiloten bleibt der Vorfall schwer durchschaubar.

Die Sachlage ist – soweit möglich – bekannt. Der Vorfall dauerte länger als zwei Stunden. Der Schiessbefehl wurde vom Boden aus erteilt, und Konsultationen wurden nach Informationen aus guter Quelle mit Funk zwischen dem örtlichen Sowjetkommandanten und Moskau geführt. Daher können eine spontane Kurzschlusshandlung des Piloten, die bürokratisch-sture Anwendung eines früheren Befehls oder ein Sabotageakt sicher ausgeschlossen werden.

Der Vorfall muss zweifellos im weltpolitischen Zusammenhang gesehen und beurteilt werden. Vor fünf Jahren hat die sowjetische Flugwaffe bereits ein koreanisches Verkehrsflugzeug, das sich über die Halbinsel Kola verirrt hatte, beschossen (zwei Menschen wurden getötet), in der Nähe von Murmansk zur Landung gezwungen und dann zerlegt. Ein Nachweis, dass illegal photographiert worden wäre, wurde nicht erbracht. Solche Aufnahmen hätten übrigens kaum Einblicke vermittelt, die nicht aus der Satellitenüberwachung leichter und zuverlässiger erhältlich sind. Das gleiche gilt für Sachalin, dessen südliche Hälfte 1945 widerrechtlich den Japanern abgenommen wurde.

Mithin ist es nicht der Schutz militärischer Einrichtungen vor fremden Augen oder Linsen, der zum überaus ernstesten Zwischenfall geführt hat, sondern der Wille, die Unverletzlichkeit sowjetischer Grenzen und Hoheitsgewässer darzutun.

Diese Absicht muss auf dem Hintergrund anderer Vorfälle interpretiert werden. Im Verlaufe mehrerer Monate sind sowjetische U-Boote wiederholt zwecks Spionage in schwedische und norwegische Gewässer eingedrungen – eines konnte gefahrlos zum Auftauchen und zur Identifizierung gezwungen werden.

In diesem Licht erhält der Zwischenfall im japa-

nischen Meer seine besondere Bedeutung. Die Moskauer Absicht ist klar: Mit Provokationen soll gezeigt werden, dass unsere eigenen Grenzen nicht mehr sicher sind, derweil die sowjetischen Grenzen sogar gegen ein verirrtes Zivilflugzeug und in Missachtung aller internationalen Abmachungen sowie ohne Schonung von Menschenleben demonstrativ «verteidigt» werden.

Soweit die vordergründigen Fragen, die der Zwischenfall aufwirft. Er hat aber auch tiefere Hintergründe, die nicht minder wichtig sind.

Mit dem Zwischenfall sollte offensichtlich ein weiteres Zeichen gesetzt werden dafür, dass Moskau die militärische Überlegenheit besitzt, sich darum mit seinen U-Booten Übergriffe leisten kann, sich aber nicht scheuen muss, den harmlosen Einflug eines Zivilflugzeuges mit brutalem Mord zu beantworten.

Anpassung statt Widerstand?

Nicht scheuen muss! Denn was anderes hat Westeuropa bisher sowjetischen Übergriffen entgegengestellt als lahme Proteste, begleitet von Bekundungen der Absicht, weiter zu verhandeln? So war es 1953 in der DDR, 1956 in Polen und in Ungarn, 1968 in der CSSR, 1979 in Afghanistan, 1981 erneut in Polen. Moskau hat etlichen Anlass zur Hoffnung, dass auch dieser Meuchelmord vom Westen geschluckt wird.

Einige «Friedensbewegte» werden vielleicht aus dem Traum ihrer Illusionen erwachen. In der Überzahl aber werden all die Ängstlichen bleiben, die im Abschuss der südkoreanischen Maschine ein Zeichen der Macht und der Stärke sehen, und die sich lieber heute als erst morgen auf den mutmasslichen Sieger ausrichten.

Im Grunde entzieht der Zwischenfall der Friedensbewegung wenig Boden. Die Exponenten werden vielmehr die ohnehin schon verwirrten Naiven zur vermehrten Vorleistung durch den Westen anstacheln mit dem Hinweis: «Seht ihr, zu welcher gefährlicher Krise es kommt, wenn wir nicht abrüsten und keine politischen Konzessionen einräumen.» Und der amerikanische Präsident, der einmal mehr eine härtere und die einzig mögliche Antwort vorschlägt, wird einmal mehr als Kriegstreiber apostrophiert. Bereits wird wieder vom «Rückfall in den kalten Krieg» gesprochen, der seit langem dem Westen und nicht dem sowjetischen Verursacher angelastet wird.

Der Vorfall ist unter einem weiteren Blickwinkel bemerkenswert. Es spricht alles dafür, dass die sowjetischen Militärs die Hauptverantwortung an dem Vorfall tragen. Sie haben in Afghanistan

Sowjetische Wirtschaftsreformen:

Kommen die Sibirier?

Wirtschaftsreformen sind ein aktuelles Thema, wenn man von der Sowjetunion und von Andropow spricht. Er selber weiss nichts davon. Er tadelt bestehende Mängel und will den Wirtschaftsmechanismus verbessern. Und das ist keine Reform, sondern sozialistische Aufbastrategie nach dem Motto: die Zustände sind lausig, und wir werden sie weiter vervollkommen.

Aber jetzt ist ein echter Vorschlag zu echten Reformen gekommen. Verfasst von Ökonomen der Sibirischen Akademie der Wissenschaften. Paradox und typisch zugleich: Dieses Arbeitspapier einer offiziellen sowjetischen Institution kann nur im Westen gedruckt werden; in der Heimat ist es Samisdat.

*Zum Reformthema ein Beitrag von Georg Brude-
rer in der nächsten Nummer.* ■

wegen der ihnen aus politischen Gründen auferlegten Beschränkungen eine Schlappe erlitten. Sie mögen befürchten, dass die UdSSR als Folge ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten an der Abrüstungskonferenz nachgeben muss. Mit dem Zwischenfall könnten sie versuchen, die westliche Bereitschaft zum Nachgeben und so zur Fortschreibung der sowjetischen militärischen Überlegenheit zu erhöhen.

Es ist möglich, dass Andropow mit im grausamen Spiel ist, und zwar aus der Überlegung, dass ihm westliche Zugeständnisse aus Angst vor dem Einfluss sowjetischer Militärs zufallen, weil er diese als einziger unter Kontrolle zu halten vermöge.

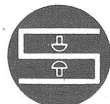
Es ist aber auch denkbar, dass die Militärs selbstherrlich vorgegangen sind, um ihre Machtposition gegenüber den Politikern zu stärken. Die Generalität könnte der Versuchung erliegen, das Instrument der militärischen Überlegenheit einzusetzen, solange es noch intakt und von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in Mitleidenschaft gezogen ist.

Widerstand statt Anpassung!

So oder so offenbart der Zwischenfall sowjetische Nervosität, die mit kraftvollen Demonstrationen und Provokationen überspielt werden sollte. Sie könnte irrationalen Handlungen rufen. Dagegen gibt es für den Westen, wenn er nicht abdanken will, nur ein Rezept: die Stärkung des Willens zur Selbstbehauptung. Das heisst vor allem: Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichtes. Allein auf diese Weise können wir uns schützen vor sowjetischen Erpressungsversuchen, als deren jüngstes Beispiel die Massenermordung der Passagiere eines südkoreanischen Zivilflugzeuges zu verstehen ist. Wenn wir diese Konsequenzen ziehen, wird der Tod der 269 Menschen wenigstens nicht ganz vergebens gewesen sein.

Peter Sager

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's